

Informationen der GEW Niedersachsen für GEW-Mitglieder zu den Auswirkungen der anstehenden Veränderungen auf die Arbeit der Grundschule in Niedersachsen

Stand 20.01.04

1. Wie die CDU / FDP Landesregierung die erfolgreiche pädagogische Arbeit in den Grundschulen in Niedersachsen ignoriert:

Die Ergebnisse der internationalen Grundschule-Lese-Untersuchung IGLU haben ergeben, dass auch die Grundschulen in Niedersachsen in der Vergangenheit gute Arbeit geleistet haben und sich einmal mehr als reformorientierte Schulen erwiesen haben:

- Die so oft gescholtene „Kuschelpädagogik“ der Grundschule ist leistungsfähiger als der an Klassenarbeiten und Noten und somit an Auslese orientierte Unterricht in der Sekundarstufe. Man lernt eben besser, wenn man sich wohlfühlt und gerne lernt.
- Die Grundschule ist die Schulform mit den meisten Erfahrungen an differenzierter Förderung, an problemlösenden und mitbestimmten Lernen der Kinder. Genau dies ist das Erfolgskonzept. Deshalb liegen, wie IGLU beweist, die Leistungen der Schülerinnen und Schüler in den Grundschulen viel näher zusammen als die der 15-jährigen. Damit ist die Grundschule ein Lernmodell für die weiterführenden Schulen und nicht umgekehrt.
- Diese Grundschule hat in Niedersachsen die wenigsten Schuljahre. Alle in der Bildung erfolgreichen Länder haben eine gemeinsame Schulzeit von sechs bis neun Jahren. Alles spricht dafür, dass das gemeinsame Lernen ohne Auslese auf verschiedene Schulformen länger als vier Jahre dauern muss.

Eigentlich müsste man davon ausgehen können, dass Kultusminister Busemann an diese erfolgreiche pädagogische Arbeit in den Grundschulen in Niedersachsen anknüpfen und die entsprechenden Schlussfolgerungen ziehen würde. Leider ist das Gegenteil der Fall. So sieht das neue Niedersächsische Schulgesetz vor, dass mit der Abschaffung der Orientierungsstufen zum 31.07.04 die Lehrkräfte der Grundschulen eine Empfehlung darüber abgeben müssen, welche weiterführende Schulform – also Hauptschule, Realschule oder Gymnasium – die Grundschul Kinder nach Klasse 4 besuchen sollen. Die Erlasse „Die Arbeit in der Grundschule“ und die „Schullaufbahneempfehlung der Grundschule“ und die neue Versetzungsordnung werden zukünftig eine Fortsetzung der erfolgreichen Arbeit der Lehrkräfte in den Grundschulen in Niedersachsen erschweren:

Maßnahmen	Auswirkungen
Versetzung nach Klasse 2 und 3	<ul style="list-style-type: none">• Das Prinzip der Auslese wird die Pädagogik in der Grundschule dominieren, denn ein Kind mit Lernproblemen wird nach „unten“ abgeschoben.• Eine Nicht-Versetzung trägt dazu bei, dass die Schuld dem Kind zugewiesen wird. Sie verhindert, dass auftretende Leistungsschwächen der betroffenen Kinder durch gezielte Förderung behoben werden.• Das verordnete Wiederholen eine Klasse hat sich nicht als

	leistungsfördernd erwiesen hat. Bei den bei PISA erfolgreichen Ländern gibt es kein Sitzenbleiben.
Notengebung der Leistungen ab Klasse 3	<ul style="list-style-type: none"> • Schulleistung ist ein komplexes Faktorenbündel; man kann sie also unmöglich mit einer nackten Zahl in den Griff bekommen. • Inhaltlich wird die Note keine brauchbaren Informationen geben. Sie sagt nichts darüber aus, wie sie zustande gekommen ist, ob sich das Kind angestrengt hat, was es kann oder noch nicht kann und wie es sich verbessern könnte. • Durch Noten lernen die einen, erfolgreich zu sein. Die anderen lernen Versager zu werden. Die einen werden durch ihren Erfolg zusätzlich ermutigt, die anderen bleiben ohne Aussicht auf Erfolg, werden durch den Misserfolg entmutigt und gedemütigt.
Zentrale Vergleichsarbeit im Fach Mathematik in Klasse 3	<ul style="list-style-type: none"> • Der Unterricht der Lehrkräfte wird sich einseitig an den in der Vergleichsarbeit zu erwartenden Inhalte und Fertigkeiten orientieren, um durch die gezielte Vorbereitung ein gutes Ergebnis für die eigene Klasse zu erreichen. • Kinder mit Lernproblemen in diesem Fach werden als „Störfaktor“ in einer Lerngruppe angesehen, weil sie einen höheren „Leistungsdurchschnitt“ verhindern könnten. • Die Rahmenbedingungen, die das Ergebnis einer Lerngruppe beeinflusst haben, werden in die Bewertung nicht einbezogen, z.B. der Unterrichtsausfall oder das soziale Umfeld der Schule.
Schullaufbahnberatung / empfehlung	<ul style="list-style-type: none"> • Eine verlässliche Schullaufbahneempfehlung ist zu einem solch frühen Zeitpunkt nicht möglich. • Je früher und häufiger institutionelle Übergangentscheidungen vorgesehen sind, desto enger ist der Zusammenhang zwischen den Merkmalen der sozialen Herkunft und der Bildungsbeteiligung. • Damit fördert eine Schullaufbahneempfehlung am Ende der Grundschule die Auslese von Kindern entsprechend ihrer sozialen Herkunft. • In der vierten Klasse wird die Arbeit der Lehrkraft stark belastet durch die Maßnahmen, die die Schullaufbahneempfehlung begleiten, obwohl erwiesen ist, dass die Sicherheit einer solchen Prognose äußerst gering ist.

2. Was Expertinnen und Experten von den Änderungen der Landesregierung halten:

Zahlreiche Erziehungswissenschaftlerinnen und Erziehungswissenschaftler haben wiederholt darauf hingewiesen, welche negativen Auswirkungen der von der Landesregierung gewählte Weg des strikten und frühen Aufteilens auf Schulformen für die Schülerinnen und Schüler und die pädagogische Arbeit in den Grundschulen haben:

Hanna Kiper hat in ihrem Buch „Bildungspolitik nicht nur in Niedersachsen“, Oldenburg 2003, auf der Seite 51f. im vergangenen Jahr aufgelistet, was es für die pädagogische Arbeit in der Grundschule bedeuten würde, wenn am Ende der Klasse 4 eine Auswahl der Schülerinnen und Schüler unter dem Gesichtspunkt erfolgen wird, zu welcher Schulform sie wechseln sollen, nämlich dass

- „zunehmend das Fachlehrerprinzip auch in der Grundschule eingeführt wird, um die Möglichkeit zu haben, in einem Team Schullaufbahnentscheidungen zu treffen,
- sich Konzeptionen für das Fremdsprachenlernen in den Klassen 3 und 4 insofern verändern, als – orientiert am Kriterium der Englischkenntnisse – Empfehlungen für eine spezifische Schulform ausgesprochen werden,
- in stärkerem Maße das Leistungsprinzip in die Grundschule eingefädelt wird,
- die Grundschulen sich darauf konzentrieren müssen, in kürzerer Zeit mehr Wissen zu vermitteln und sich auf die Vermittlung der Grundkenntnisse in Lesen, Schreiben und Rechnen und Sachunterricht konzentrieren werden,
- die Selektivität weiter zunehmen wird, weil der Versuch unternommen wird, Qualität durch Reduktion von Heterogenität zu erzeugen; Ausgrenzungsprozesse werden sich häufen (z.B. durch Zurückstellung vom Schulbesuch, Klassenwiederholungen, Überweisungen auf die Sonderschule),
- das dritte und vor allem das vierte Schuljahr zunehmend unter der Frage steht, an welche Schulform die Schülerinnen und Schüler empfohlen werden,
- die pädagogische Arbeit der Lehrkräfte von den Eltern vor allem unter dem Gesichtspunkt beurteilt wird, ob es ihnen gelingt, ihre Kinder auf das 5. und 6. Klassen des Gymnasiums vorzubereiten,
- eine kontinuierliche Beobachtung unter dem Gesichtspunkt späterer Eignung für die unterschiedlichen Schulformen zur Aufgabe der Grundschullehrkräfte wird,
- Klassenkonferenzen durchgeführt werden, um Gutachten und schriftliche Empfehlungen für die weitere Schullaufbahn des Kindes zu erarbeiten,
- Grundschulgutachten zur Grundlage von Beratungsgesprächen mit Eltern bezüglich der Entscheidung über die weitere Schullaufbahn werden,
- Kooperationen zwischen der Grundschule und den Schulformen aufgebaut werden müssen, um den Kindern den Übergang zu ermöglichen,
- Informationsabende für Eltern durchzuführen sind, die ihnen einen Überblick über die Schulen im Sekundarbereich I und II und deren Abschlüsse zu geben.

Hanna Kiper befürchtet eine Verschlechterung der pädagogischen Qualität der Arbeit in der Grundschule: „Damit wird die Beschäftigung mit der künftigen Schullaufbahn schon in die Grundschule vorverlagert. Die Klassen 3 und 4 der Grundschule werden ihren Charakter verändern und zur Gelenkstelle zwischen Primarbereich und Sekundarbereich I werden (...).“

Auf die Problematik einer Schullaufbahnempfehlung am Ende der Grundschulzeit weist der **IGLU-Experte Wilfried Bos** in DIE ZEIT vom 10. April 2003 hin:

ZEIT: Heißt das: Die IGLU-Studie macht ein großes Potenzial aus, das in Deutschland brachliegt?

BOS: Richtig. Wir haben unsere Testergebnisse mit den Empfehlungen der Lehrer verglichen, welche weiterführende Schule der betreffende Schüler wählen soll. Dabei haben wir riesige Überschneidungen festgestellt: zwischen Hauptschule und Realschule sowie Realschule und Gymnasien, aber ebenso zwischen Hauptschule und Gymnasium. Schüler, die gerade einmal ein paar Sätze lesen und verstehen, bekommen Gymnasialempfehlung, während sehr gute Leser in der Hauptschule lan-

den. Die Übergangsempfehlungen haben oft wenig mit den Fähigkeiten der Schüler zu tun – zumindest wenn man sich das für die wichtigste Kompetenz, das Lesen, anschaut.

ZEIT: Dabei müsste die Einschätzung, welches Potenzial in einem Schüler steckt, gerade in Deutschland mit seinem gegliederten Schulsystem besonders exakt sein.

BOS: Das dies nicht der Fall ist, macht den eigentlichen bildungspolitischen Skandal aus, auf den die IGLU-Studie deutlich hinweist. Wir sortieren die Kinder bereits nach der vierten Klasse und stellen damit eine entscheidende Weiche für ihr Leben – und stellen diese Weiche in sehr vielen Fällen falsch. Dabei wissen wir, dass diese Fehlentscheidungen später kaum korrigiert werden, zumindest nicht nach oben. In Deutschland wechselt kaum ein Schüler von der Haupt- auf die Realschule oder von der Realschule auf das Gymnasium. Umgekehrt kommt der Abstieg in eine niedrige Schulform jedoch sehr häufig vor.

ZEIT: Viele Lehrer meinen, die Fehlplatzierungen lägen an den Eltern.

BOS: Das ist ein Märchen, das von Lehrern gern erzählt wird: Wir wollen die Kinder auf die Hauptschule schicken und die Eltern zwingen es aufs Gymnasium oder umgekehrt. Das kommt zwar vor, aber nicht so häufig wie unterstellt. In der Regel unterscheidet sich das Elternurteil nicht sehr von der Lehrermeinung.

Christa Weitzel beschreibt in ihrem Aufsatz mit dem Titel „Bruch, Brücke, Chance – oder ein nutzloses historisches Relikt? Übergänge nach dem 4. Schuljahr“ die Auswirkungen einer Schullaufbahnempfehlung nach Klasse 4:

„Kinder nehmen den Übergang aufgrund der Einstellungen und Erwartungen der Erwachsenen und der Öffentlichkeit als eine für das weitere Leben maßgebliche und unwiderrufliche Weichenstellung wahr (Fauser 1992, S. 342) Sie selbst aber stehen dem Übergang ohnmächtig im doppelten Sinne gegenüber. Sie haben keine Macht, kein Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht. Kinder haben bis zum Zeitpunkt des Übergangs die Leistung erbracht, die ihnen ihre eigene Disposition in aktiver Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt und den Erfahrungen im Elternhaus, Kindergarten und Schule ermöglicht hat, beim Übergang wird sie nun allein auf ihre Person verrechnet. Nun wird über sie entschieden, verfügt, werden sie einsortiert, ihr eigener Wille hat keine rechtliche Grundlage.“ (aus: **L.Denner/E.Schumacher (Hrsg.) Übergänge im Elementar- und Primarbereich gestalten. Bald Heilbrunn 2004. S. S. 11)**)

Hans Brügelmann, Professor an der Gesamthochschule Siegen, zeigt in seiner vom Grundschulverband veröffentlichten Stellungnahme „Zu Risiken und Nebenwirkungen ...“ die Gefahren auf, die durch häufige Abtesterei z.B. auch durch Vergleichsarbeiten entstehen können:

„Meine Sorge ist, dass der öffentliche Druck unter LehrerInnen die Tendenz verstärken wird, Kinder lernen „zu machen“. Zum Maßstab werden dann kurzfristige, leicht ausweisbare Lerneffekte statt langfristiger Entwicklungsprozesse, und Evaluation schrumpft auf das Abtesten von Teilleistungen. Selbstständiges Lernen [...] steht im Gefahr in den Hintergrund zu geraten. In der Bildungspolitik droht analog die Tendenz, Schulen „lernen machen zu machen“. Die Illusionen von Technologie- und Bürokratiemodellen schulischen Wandels hat der DEUTSCHE BILDUNGSRAT (1974) bereits vor 30 Jahren eindrücklich offen gelegt. Muss wirklich jede Generation alte Fehler immer wieder neu machen?“

(aus: Grundschulverband Aktuell, Heft 82, II Quartal, April 2003, S. 12 ff)

Horst Bartnitzki, Vorsitzender des Grundschulverbands, benennt in seinem Aufsatz „Das Prinzip Hoffnung. Anmerkungen zu den bildungspolitischen Konsequenzen aus PISA und Co.“ die Folgen von populistischen Lösungen:

„Weitere Verkürzungen des Bildungsanspruchs ergeben sich aus den populistischen Lösungen, die auf unmittelbare Zustimmung der pädagogisch wenig informierten Öffentlichkeit zielen: Landesweite Leistungstest sollen die Leistung fördern, Zensuren schon an Klasse 2 sollen die Anstrengungsbereitschaft der Kinder fördern. Jeder weiß, dass solche Instrumente leistungsschwächere Kinder nicht stärker machen, sondern weiter demotivieren. Die heutige Pädagogik kennt ein ganzes Füllhorn von pädagogisch förderlichen Maßnahmen zur Leistungsförderung – kaum etwas findet sich in den politischen Reaktionen.“

(aus: Grundschulverband Aktuell, Heft 82, II Quartal, April 2003, S. 17 ff)

Thomas Kerstan und Martin Spiewak warnen in ihrem Artikel „Ganz dicht dran. Deutschlands Schüler könnten Spitze sein, wenn ihre Talente nicht in den weiterführenden Schulen verkümmerten.“ in DIE ZEIT vom 10. April 2003 Niedersachsen davor, die Kinder am Ende der Grundschulzeit den vier Schulformen zuzuordnen und deuten eine Lösungsmöglichkeit an:

„Wenn das gegliederte System nicht zur Disposition steht, dann muss es abgemildert werden, keinesfalls jedoch verschärft. Deshalb ist es ein Fehler, dass Niedersachsen zum klassischen gegliederten System zurückkehrt oder dass Bayern plant, schon in der fünften Klasse die Haupt- und Realschüler voneinander zu trennen. Sinnvoll wäre stattdessen, wie es andere Länder mit Erfolg vorführen, alle Kinder länger als vier Jahre gemeinsam zu unterrichten. Dann müsste sich jedoch zusätzlich der Unterricht grundsätzlich ändern: Er muss die Schwachen fördern und die Guten fordern.“

Christa Weitzel zeigt in ihrem Aufsatz mit dem Titel „Bruch, Brücke, Chance – oder ein nutzloses historisches Relikt? Übergänge nach dem 4. Schuljahr“ einen Weg auf, wie Schule nach der Grundschule gestaltet werden müsste:

„Der Übergang ist eine willkürliche Punktentscheidung, zu deren Legitimation sich keinerlei Argumente finden lassen. Aus den hier zusammen getragenen Überlegungen resultiert die Forderung nach einer gemeinsamen Schule für alle Kinder für die gesamte Pflichtschulzeit. Eine Schule, die den Versuch der frühen Sortierung der Kinder in homogene Gruppen als Fiktion erkennt und beendet. Eine Schule, die statt dessen die Entwicklungsaufgabe des Individuums in demokratischen Prozessen begleitet, stützt, fordert und fördert. Denn nicht die frühe Auslese, sondern die Qualität des Unterrichts in heterogenen Gruppen ermöglicht allen Kindern eine optimale Entwicklung.“ (aus: **L.Denner/E.Schumacher (Hrsg.) Übergänge im Elementar- und Primarbereich gestalten. Bald Heilbrunn 2004. S. 13**)

3. Was die GEW Niedersachsen von den Maßnahmen der Landesregierung hält:

Auf der Landesdelegiertenkonferenz in Hannover im Oktober 2001 haben die Delegierten mit dem Beschluss „Demokratisierung von Schule in Niedersachsen“ die Vorstellungen der GEW von einer demokratischen Schule formuliert: „Für die GEW Niedersachsen ist Chancengleichheit ein wichtiges Merkmal eines demokratischen Bildungssystems. Schule ist nur dann demokratisch, wenn alle jungen Menschen die bestmögliche Bildung erhalten.“ Wie dies geschehen soll, wird in der folgenden Aussage konkretisiert: „Zu einem demokratischen Schulsystem gehört, dass der Bildungsweg von Schülerinnen und Schüler möglichst lange offen gehalten wird. Dies ist gewährleistet, wenn die Entscheidung über die Schullaufbahn eines jungen Men-

schen so spät wie möglich getroffen und ein hohes Maß an Durchlässigkeit innerhalb des Schulsystems geschaffen wird.“

In dem Beschluss „Grundschule der Zukunft in Niedersachsen“ der Landesdelegiertenkonferenz in Celle im Oktober 2003 wird folgendes festgestellt:

„Die Grundschule der Zukunft ist eine demokratische Schule, denn sie ist eine Schule für alle Kinder. Sie öffnet sich pädagogisch der Vielfalt der Kinder, um jedem Kind und seiner eigenen Lebenssituation gerecht zu werden. Sie greift die unterschiedlichen Voraussetzungen der Kinder auf, die diese aus ihrer vorschulischen Sozialisation mitbringen und vermittelt ihnen die für ihren weiteren Bildungsgang und Lebensweg erforderlichen Basiskompetenzen. Sie fördert die Weiterentwicklung der bereits erworbenen Fähigkeiten der Kinder. Immer wieder ermutigt sie das Kind, sich Kompetenzen und Erkenntnisse selbstständig anzueignen. Dazu ist es notwendig, dass die Grundschule ein Lernort darstellt, der den Kindern ein physisches und psychisches Wohlbefinden ermöglicht. Deshalb muss die Pädagogik das Recht der Kinder achten, auch noch Kind sein zu dürfen, Fehler machen zu können und ausreichend Zeit zum Wachsen und zur Entwicklung zu haben.

Im Gegensatz zu diesen Vorstellungen der GEW wird die aktuelle schulpolitische Debatte über die Arbeit in der Grundschule in Niedersachsen durch einen auf Wissen, Vergleichbarkeit und Abprüfbarkeit abgekürzten Lern- und Leistungsbegriff und durch die Forderung nach einem Kerncurriculum bestimmt. Außerdem müssen die Kinder zukünftig schon nach Klasse 4 eine Schulform des dreigliedrigen Schulwesens besuchen, was die schon bestehende Auslese nach sozialer Herkunft noch verschärfen wird.

Die von der GEW vertretene Pädagogik der Vielfalt wird häufig mit dem Begriff „Kuschelpädagogik“ titulierte. Die GEW weist diese Diffamierung zurück, denn Anstrengung und Freude am Lernen schließen einander nicht aus. Außerdem hat die IGLU-Studie gezeigt, dass sich die Pädagogik der Vielfalt bewährt hat. Trotz vergleichsweise schlechter Rahmenbedingungen gelingt es den Lehrkräften an Grundschulen, mit einer sehr heterogenen Schülerschaft zu beachtlichen Ergebnissen zu gelangen. Die Ergebnisse beweisen, dass auch in Niedersachsen in der Schule ein erfolgreicher professioneller Umgang mit Heterogenität möglich ist.

Zukünftig geht es darum, die erfolgreiche Arbeit der Grundschulen pädagogisch weiterzuentwickeln. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, das Wohlbefinden der Kinder in der Schule sicherzustellen, um ihnen eigene Lernanstrengungen und Lernerfolge in einer anregenden, individuell fördernden Lernumgebung zu ermöglichen.“